

SVP ärgert sich über Regierung und CVP

Die klare Ablehnung der **SVP-Familieninitiative** auf nationaler wie kantonaler Ebene sorgt beim Staatsrat für Erleichterung. Er muss so keine Steuerausfälle in der Höhe von 30 Millionen Franken kompensieren. Dennoch sorgt die Position des Staatsrates bei der SVP für Verärgerung.

URS HAENNI

Zufriedenheit «aus finanzieller Sicht» äusserte der für die Finanzen verantwortliche Staatsrat Georges Godel zum Ausgang der Abstimmung über die Familieninitiative. Mit 59,43 Prozent haben die Freiburger Stimmbürger die Vorlage abgelehnt, fast im gleichen Verhältnis wie das Schweizer Volk. «Die Einbussen bei den Steuern hätten für Freiburg 30 Millionen Franken betragen, und diese hätten wir wieder reinholen müssen», so Godel. Der Finanzdirektor ist nicht sicher, ob eine Umsetzung der Initiative Auswirkungen auf den Finanzplan bis 2016 mit dem damit verbundenen Sparpaket gehabt hätte. «Aber der Moment wäre sicher gekommen, wo wir weitere Einschnitte bei den Leistungen hätten machen müssen.»

Umstrittene Empfehlung

Die Regierung hatte sich wegen der finanziellen Folgen im Vorfeld der Abstimmung gegen die Familieninitiative ausgesprochen (FN vom 19. und 22.11.). Dies liegt SVP-Präsident Roland Mesot immer noch auf dem Magen: «Der Staatsrat hat verlauten lassen, dass die Initiative die Steuern negativ beeinflusst. Aber auch die 1:12-Initiative betrifft die Steuern, und da hat er keine Empfehlung herausgegeben. Da wird immer behauptet, es gehe nicht um Parteipolitik...»

Mesot ist insofern betroffen, als es sich bei der Familieninitiative um eine Vorlage seiner Partei handelt. Aus seiner Sicht hat es für einen erfolgreichen Urmengang an der Unterstützung der CVP gemangelt. Das Präsidium der CVP Schweiz war für die Initiative, die nationale Delegiertenvertretung dagegen und die kantonale Versammlung wieder dafür. Auch die Freiburger CVP-Exponenten waren im Vorfeld der Abstimmung uneins. Nationalrat Dominique de Buman ist über das Volks-Nein glücklich: «Die Initiative bringt nichts: Sie ist wirtschaftlich schlecht, und sie ist sozial auch nicht gerecht.»



Für Betreuung von Kindern zu Hause können in der Steuererklärung weiterhin keine Abzüge gemacht werden.

Keystone/a

CVP-Kantonalpräsident Eric Menoud zeigt sich überrascht über das klare Verdikt an der Urne. Die Kantonalpartei habe die Initiative unterstützt, weil sie die Arbeit der Mütter und Väter zu Hause valorisieren wollte. Menoud hat aber erkannt, dass die Stimmung gegenüber der Familieninitiative im Verlauf der Kampagne gekippt ist. Er weist darauf hin, dass die Freiburger CVP ihre Parole bereits Anfang Oktober beschlossen hat, und schliesst nicht aus, dass die Delegierten einen Monat später vielleicht anders entschieden hätten.

Für die Familieninitiative hatte sich seitens der Freiburger CVP insbesondere Nationalrätin Christine Bulliard eingesetzt. Sie zeigt sich über das Resultat enttäuscht, blickt aber in die Zukunft: «Wir bereiten unsere eigenen Familieninitiativen vor, und ich hoffe, dass

wir dann auf die Unterstützung der SVP zählen können.»

Unterstützung für Familien hält CSP-Präsident Philippe Wandeler für lobenswert. «Aber dabei dürfen nicht nur hohe Einkommen profitieren. Die Erleichterungen müssen gezielter sein, zum Beispiel bei Krankenkassenprämien oder Kinderzulagen», sagt er.

Die Zustimmung für die Familieninitiative war da am stärksten, wo Freiburg am ländlichsten ist. Mit 47,2 Prozent war der Sensebezirk einer Ja-Mehrheit am nächsten. Mit Brünisried, Oberschrot, Plasselb oder St. Silvester sprachen sich eine ganze Reihe Gemeinden aus dem Oberen Sensebezirk für die Vorlage aus. Auch im Seebezirk fand die Vorlage in Landgemeinden wie Courlevon, Gempenach, Wallenried, Salvenach oder Lurtigen mehrheitlich Zustimmung.

1:12-Initiative: Stimmenanteil übertraf links-grünes Lager

Mit einem Nein-Anteil von 61,88 Prozent fand die Volksinitiative «1:12» vor dem Freiburger Stimmvolk keine Gnade. Immerhin lag der Freiburger Ja-Anteil leicht höher als der nationale Schnitt, wozu vor allem der Saanebezirk mit 41 Prozent Ja-Stimmen beitrug. Bemerkenswert: Bei den Auslands-Freibürgern erreichte die Vorlage sogar eine knappe Ja-Mehrheit. Simon Bischof, Grossrat und Vertreter der Jungsozialisten, welche die Vorlage lanciert hatten, zeigt sich über das Resultat trotzdem zufrieden: «Bei Initiativen, die klar unserem Lager zuzuordnen sind, ist es schwierig, mehr als die Parteibasis und Gewerkschaftsmit-

glieder zu mobilisieren. Das links-grüne Lager hat in Freiburg einen Anteil von 30 Prozent, insofern finde ich es super, dass wir einen deutlich höheren Anteil erreichen konnten.» Bischof ist der Meinung, die Gesellschaft gehe aus dieser Kampagne gestärkt heraus. Für ihn hat die Initiative das Verdienst, Studien bewirkt und Exzesse aufgezeigt zu haben. FDP-Präsident Didier Castella ist über das Freiburger Nein erleichtert. Seine Partei sei gegen die Initiative auf die Strasse gegangen, was bemerkenswert sei. Für CSP-Präsident Philippe Wandeler läutet diese Vorlage bereits die Mindestlohninitiative vom kommenden Jahr ein. *uh*

Vignette: Keine Entlastung für Staatskasse

Für den Freiburger Finanzdirektor Georges Godel stand bei der Vorlage zur Erhöhung des Preises für die Autobahnvignette die finanzielle Auswirkung auf den Kanton im Vordergrund. 2,8 Millionen Franken hätte der Kanton eingespart, wenn mit einem Ja zur teureren Vignette die Verantwortung für die Strasse Murten-Sugiez-Thielle an den Bund übergegangen wäre: rund ein Promille des Staatsbudgets. Doch dem Freiburger Stimmbürger war mit einem wuchtigen Nein von 69,43 Prozent das eigene Portemonnaie näher als dasjenige des Staates. Der Seebezirk, welcher als Anrainer der T10 als einziger Bezirk direkt von einer Annahme der Vorlage betroffen gewesen wäre, weist den höchsten Ja-Anteil aller Bezirke auf. Doch mit 34,56 Prozent ist dieser relativ bescheiden. Am höchsten lagen die Seebezirke aller Bezirke in den Gemeinden entlang der T10 oder der Autobahn A1.

Für CVP-Nationalrat Dominique de Buman ist das Ausmass der Preiserhöhung der Hauptgrund für die Ablehnung. «Wenn die Vignette nur auf 80 Franken erhöht, die Anhänger ausgeklammert und einige andere Anpassungen gemacht worden wären, hätte es nicht mal ein Referendum gegeben», zeigt er sich überzeugt.

Gemäss FDP-Präsident Didier Castella hatte seine Partei gegenüber der teureren Vignette eine geteilte Meinung. Einerseits herrschte die Überzeugung vor, dass es eine moderne Infrastruktur bei den Nationalstrassen braucht. Andererseits habe seitens Bundesberatern die Transparenz gefehlt, wohin die Mehreinnahmen wirklich fliessen würden. Castella: «Wir haben die Möglichkeit verpasst, die Finanzierung unserer Nationalstrassen zu sichern.» *uh*

Chirurgie zog die Massen an

FREIBURG Rund 1000 Personen haben sich am Samstag anlässlich eines Themenrundgangs über die moderne Chirurgie informieren lassen, wie das Freiburger Spital (HFR) am Sonntag mitteilte. Der Tag der Chirurgie wurde schweizweit im Rahmen des 100-Jahr-Jubiläums der Gesellschaft für Chirurgie durchgeführt.

«Die Möglichkeit, hinter die Kulissen der Chirurgie zu blicken, entspricht offenbar einem Bedürfnis», kommentiert das HFR die hohe Besucherzahl. 15 Chirurgen des Kantonsspitals sowie der Spitäler von Riaz und Tafers zeigten den Besuchern zum Beispiel, wie Laparoskopie oder ein Ultraschallgerät funktionieren. Sie konnten sich auch im chirurgischen Nähen üben. Grossen Andrang hatten laut HFR ebenfalls die Gesprächsrunden mit den Chirurgen. *az*

Plasselb will ein ausgeglichenes Budget

Die Gemeindeversammlung von Plasselb hat sich am Freitag mit 36 zu 18 Stimmen gegen das Budget des Gemeinderates gestellt und ist dem Antrag der Finanzkommission (Fiko) nach einer «schwarzen Null» gefolgt.

MIRO ZBINDEN

PLASSELB «Bei einem Totalertrag von 4,09 Millionen Franken würde so ein Aufwandüberschuss von 105 180 Franken resultieren», präsentierte Gemeindegemeindeglied Anton Raemy am Freitagabend die vom Gemeinderat erstellte Budgetplanung für das Jahr 2014. Umgehend richtete Fiko-Mitglied René Boschung das Wort an die 61-köpfige Versammlung: «Bei der Überarbeitung des vorliegenden Budgets kam die Finanzkommission zum Schluss, dass Plasselb in Zukunft eine ausgeglichene Budgetplanung anstreben sollte», hielt er fest.

Verschuldung eindämmen

Weil sich die Gemeinde zuletzt sowohl für eine Erhöhung der Steuern als auch für eine

spürbare Anpassung der Gebühren in den Bereichen Abfallbeseitigung und Wasser ausgesprochen habe, sei die «schwarze Null» unbedingt erstrebenswert, fuhr Boschung fort. Auch weil man einen weiteren Punkt immer im Auge behalten müsse: «Heute liegt die Netto-Pro-Kopf-Verschuldung Plasselbs bereits bei über 7000 Franken; Tendenz steigend», hielt er fest.

Rotstift angesetzt

Die Fiko beantragte deshalb ihrerseits die Annahme eines überarbeiteten Budgets, welches für das Jahr 2014 einen kleinen Ertragsüberschuss von 600 Franken ausweist. Zur Erstellung dieses ausgeglichenen Budgets setzte die Finanzkommission bei den Ausgaben den Rotstift an. So wurden etwa geplante Ausgaben im Um-

fang von über 48 000 Franken gestrichen, wobei ein für die Friedhofsneugestaltung gedachter Betrag von 26 500 Franken dabei den Löwenanteil ausmacht. Auf der Ertragsseite wurde der budgetierte Betrag um 57 000 Franken erhöht, was hauptsächlich die Posten Einkommenssteuer und Revierkörperschaft Forstbetrieb Schwyberg betrifft. Syndic Hervé Brügger gab derweil zu bedenken, dass gerade die Budgetierung von Steuereinnahmen sehr schwierig sei: «Wenn ein guter Steuerzahler unsere Gemeinde verlassen sollte, erreichen wir diese Zahlen nicht mehr.»

Im Anschluss an eine ausführliche Diskussion lehnte die Versammlung den Budgetantrag des Gemeinderates mit 36 zu 18 Stimmen deutlich ab und nahm im Gegenzug jenen

der Finanzkommission mit 40 zu 12 Stimmen noch deutlicher an.

Hausbau ankurbeln

Keinerlei Anlass zu Diskussionen gab der Antrag zur Genehmigung der Statutenänderung des Gemeindeverbandes Berufsbeistandschaft und Sozialdienst Sense-Oberland, welcher einstimmig verabschiedet wurde. Zum Schluss ehrte die Versammlung die zurückgetretenen Gemeinderatsmitglieder Petra Reinhard und Rolf Haslebacher.

René Boschung stellte als Vertreter der zuständigen Arbeitsgruppe zudem eine neue Broschüre «Bauen in Plasselb» vor, die interessierten Bauherren fortan die Standortvorteile der Gemeinde Plasselb schmackhaft machen soll.

67 Namen auf 130 Wahlzetteln

PLASSELB In Plasselb fanden am Sonntag Ergänzungswahlen in den Gemeinderat statt. Jeder Bürger war wählbar. Auf den 130 gültigen Wahlzetteln sind 67 verschiedene Namen eingereicht worden, wie Gemeindegemeindeglied Anton Raemy am Sonntag auf Anfrage erklärte. Niemand erreichte das absolute Mehr. Die Gemeinde wird reihum alle genannten Personen kontaktieren, angefangen mit jenen, die am meisten Stimmen erhalten haben. Sagt jemand zu, muss er im zweiten Wahlgang vom 15. Dezember bestätigt werden. Dann gilt das relative Mehr.

Wie Anton Raemy ausführte, waren unter den 243 Stimmzetteln 103 leere und 10 ungültige. Die Nachwahl war nötig geworden, nachdem Petra Reinhard am 23. August ihre Demission bekannt gegeben hatte. *im*